Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Postscheckkonto: Dresden 1589. Girokasse: Riesa Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

№ 14. **Donnerstag, 17. Januar 1929, abends.** **82. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 1 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 81. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Hat Poincaré gesiegt?

Rein äußerlich genommen: die Mehrheit, die der französische Ministerpräsident sich am Freitag in der Kammer zu sichern wußte, stellt einen Sieg Poincarés über die Opposition dar. Sein Kabinett bleibt aktionsfähig, sein Kurs bleibt für die nächste Zeit der Kurs eines offiziellen französischen Handelns. Diese Tatsachen alle zusammengenommen sind ein Erfolg der klugen Taktik des französischen Ministerpräsidenten. Aber diese Erfolge können letzten Endes auch als Mißerfolge bezeichnet werden, wenn man die Lage vor der letzten Aktion der Opposition mit dem nunmehr Erreichten vergleicht. Noch vor einigen Monaten verfügte Poincaré über die parlamentarische Unterstützung der sogenannten Nationalen Union, also eines Blocks, hinter dem der überwiegende Teil der französischen Bevölkerung stand, noch vor einigen Monaten stand der Kurs des französischen Ministerpräsidenten über den Parteien. Er selbst und seine Politik blieben unbehelligt von dem Tagesstreit der Parteien, man konnte sagen, daß die Stellung Poincarés einer Diktatur glich, wenn auch diese Diktatur sich den parlamentarischen Formen der Verfassung durchaus anpaßte. So zeichnete sich die Situation Poincarés noch vor wenigen Monaten ab. Wenn auch heute das Kabinett des französischen Ministerpräsidenten auf Grund der letzten Abstimmungen in der Kammer von neuem seine Aktionsfähigkeit erhielt, so zeigt diese Aktionsfähigkeit doch entschieden andere Fundamente denn früher. Die Nationale Union, also die große Einheitsfront von links bis rechts, ist zerbrochen, die parlamentarische Grundlage der Regierung ist verkleinert, die Opposition hat sich neu konstituiert, der Kampf der beiden großen Parteigruppen hat eingesetzt. Seine erste Phase hat mit einem Erfolg der Rechts- und Mittelgruppen geendet, die zweite Phase ist erst in der Entwicklung begriffen, sie wird beendigt sein, wenn das Ergebnis der nunmehr akut gewordenen Reparationsaussprache vorliegt. Als Ergebnis der letzten Ereignisse in Frankreich hat man also festzulegen: Poincaré hat einen Erfolg über die Opposition davongetragen, seine große parlamentarische Grundlage, die nationale Union, die Einheitsfront von früher, ist zerbrochen. Ob sich der in diesen Tatsachen liegende Erfolg und Mißerfolg einander die Wage halten, möchte man bezweifeln.

Französische und auch ausländische Zeitungen haben wiederholt geschrieben, daß die Änderung der parlamentarischen Verhältnisse Frankreichs, die Verringerung der Regierungsmehrheit und die Verbreiterung der Oppositionsgrundlage letzten Endes Erscheinungen einer parlamentarischen Krise seien. Man kann diese Behauptung nicht unbedingt bejahen. Bei einer ganz objektiven Prüfung der letzten Entwicklung in Frankreich wird man zu Erkenntnissen kommen können, die das Vorhandensein einer parlamentarischen Krise nicht unbedingt erweisen. Wenn im Jahre 1926 Poincaré die Nationale Union schuf, so lag dies mehr an dem Vorliegen einer ganz bestimmten Sonderaufgabe als an dem Willen oder dem Geschick des französischen Ministerpräsidenten. Damals galt es, den Franken zu stabilisieren, also eine Sache in Ordnung zu bringen, von der Frankreichs Wohl oder Wehe abhing. Es spricht nun durchaus für die Weitsichtigkeit eines Parlamentarismus, wenn damals das französische Parlament freiwillig auf Machtbefugnisse verzichtete, um im Interesse einer größeren Sache keine Hindernisse in den Weg zu legen. Der französische Parlamentarismus hat sich also damals für eine Diktatur entschlossen. Da er sich freiwillig zu diesem Entschluß fand, so kann man auch nicht gut von einem Versagen dieses Parlamentarismus sprechen. Er zeigte sich anpassungsfähig und ermöglichte die Lösung der Aufgabe Poincarés: die Stabilisierung. Als das französische Budget wieder in Ordnung gebracht war, mußte auch der Zusammenhalt schwinden, der die Nationale Union, die Grundlage der Diktatur Poincarés, band. Was sich nach der Regelung der französischen Finanzverhältnisse in der Pariser Kammer abspielte, war weiter nichts als der Versuch des französischen Parlamentarismus, die Macht sich wieder zu erobern, auf die er einst im Interesse einer nunmehr gelösten Aufgabe freiwillig verzichtet hatte. Dieser Versuch ist geglückt. Das französische Parlament hat jetzt wieder seine alte Macht gewonnen, das Zusammenspiel der verschiedenen Kräfte ist wieder hergestellt. Poincaré hat zwar seiner Regierung wieder eine neue parlamentarische Grundlage gegeben, aber seine alte Diktaturmacht hat er verloren.

Immerhin zeigen die letzten Ereignisse in Paris gewisse Erscheinungen, die man vielleicht als eine Krise des französischen Parlamentarismus bezeichnen könnte. Diese Erscheinungen sind in den bekannten Skandalaffären Hanau und Klotz zusammenzufassen. Poincaré hat selbst eine gewisse Korruption im parlamentarischen Getriebe Frankreichs zugegeben, indem er sich für das sogenannte Inkompabilitätsgesetz aussprach. In diesem Gesetz werden Parlamentariern bestimmte Stellungen in finanziellen und gewerblichen Unternehmungen untersagt. Diese Bestimmung wird allerdings durch die Einschränkung gemildert, die besagt, daß Parlamentarier, die solche Posten doch annehmen, wieder wählbar sind. Ob sich dieses Gesetz als eine wirksame Waffe gegen Korruptionserscheinungen erweisen wird, ist zweifelhaft, da seine Bestimmungen sehr dehnbar sind, und jeder einigermaßen gerissene Abgeordnete eine Lücke finden kann, durch die er das Gesetz umgehen könnte.

Finanzminister Dr. Hilferding über den Reichsetat.

Besprechung des Nachtragsetats im Haushaltsausschuß.

vdz. **Berlin.** Im Haushaltsausschuß des Reichstags führte Finanzminister Dr. Hilferding in der allgemeinen **Aussprache über den Nachtragsetat** der zugleich auch **Personaletat für 1929 ist, aus, daß für den Personaletat fünfzig Millionen in Betracht kämen,** von denen der weitaus größte Teil, nämlich 36 Millionen, zwangsläufig seien, und zum Teil auf Reichstagsbeschlüssen beruhten. Fünfeinviertel Millionen entfielen auf Stellenumwandlungen und Vermehrungen und drei Millionen auf den Mehrbedarf bei den obersten Reichsbehörden. Von letzterer Summe solle eine Million zur Vermehrung von Stellen und von Hilfskräften zur Deckung dringender Bedürfnisse bei einzelnen Ministerien dienen. Bei den verbleibenden zwei Millionen handele es sich um Durchführung der Ministerialverfassung, Neuregelung der Ministerialzulage und Neuregelung der Dienstaufwandsentschädigungen, Fragen, die man unter der Bezeichnung **„Angleichung an Preußen"** zusammenfassen könne. Wir haben, so sagte der Minister, dem Wunsche des Reichstags entsprechend mit Preußen verhandelt und in dringlichster Form auf die preußische Regierung hinsichtlich der Ministerialzulagen einzuwirken versucht, um sie zu veranlassen, ihre Ministerialzulagen entsprechend der Regelung im Reiche herabzusetzen. Das hat die preußische Regierung aber abgelehnt und als sachliche Begründung angeführt, daß es ihr sonst nicht möglich sei, geeignete Beamte aus der Provinz in die Zentralstelle zu bekommen. Diese Gründe gelten auch für die Reichsregierung. Darüber hinaus ist es psychologisch und beamtenpolitisch schwer zu tragen, daß in Berlin Reichsbeamte mit ebenso wichtigen Dienstaufgaben in ihren Bezügen wesentlich schlechter gestellt sein sollen als die preußischen Beamten. Bezüglich der Dienstaufwandsentschädigungen will ich für Minister und Staatssekretäre hier nicht sprechen, aber z. B. die Präsidenten der Landesfinanzämter sind Vertreter des Reiches, und es ist ungerecht, daß sie den Aufwand für die daraus erwachsenden gesellschaftlichen Verpflichtungen aus eigener Tasche decken sollen. **Der Nachtragsetat für 1928 ist gedeckt.**

Zur **Haushaltslage im allgemeinen** teilte der Minister mit, daß sich nach vorläufiger Schätzung **für das letzte Vierteljahr 1928 ein Bruttomehraufkommen von etwa 170 Millionen ergeben werde,** daß aber in voller Höhe den Ländern zufließen werde. Das Jahr 1928 werde, da noch neue Ausgaben hinzugekommen seien, keineswegs mit einem Ueberschuß abschließen.

Der Haushalt für 1929 wird, so teilte der Minister mit, **nach seinen Vorschlägen vollkommen ausgeglichen sein.** Zusammen mit der Erhöhung der Reparationslast um 312 Millionen beläuft sich das Defizit **auf etwa sechshundert Millionen.** Nach den Anforderungen der Ressorts würde es sich auf rund 850 Millionen belaufen. Er habe sich bemüht, diese Anforderungen stark herabzumindern. Der **durch neue Steuern zu deckende Bedarf werde sich auf rund** 350 Millionen Reichsmark belaufen. Der Zeitpunkt, an dem die Reparationsfrage erörtert werden solle, sei eine eminent politisch taktische Frage, deren Entscheidung die Reichsregierung sich noch vorbehalten müsse.

*

vdz. **Berlin.** Im Haushaltsausschuß des Reichstags erhielt am Mittwoch nach der Rede des Finanzministers zunächst Abg. **Graf Westarp** (Dnat.) das Wort, der ausführte, daß bei den Ministerialzulagen eine Angleichung an Preußen erfolgen müsse und zwar in genereller Form. Der Redner äußerte erhebliche **Bedenken gegen die Aufwandsentschädigung einzelner höherer Stellen;** in der gegenwärtigen Notzeit sei übergroße Repräsentation nicht am Platze.

Abg. Dr. **Hertz** (Soz.) wies darauf hin, daß mit einem Ueberschuß für 1928 nicht zu rechnen wäre, weshalb sich der Reichstag bei der Behandlung des Nachtragsetats starke Reserve auferlegen müsse. Das gelte insbesondere auch von der Erhöhung der Ministerialzulagen, die an sich allerdings im Reiche ebenso hoch sein müßten wie in Preußen. Aber angesichts der bedrängten Finanzlage müßten zur Zeit auch berechtigte Wünsche zurückgestellt werden.

Dasselbe betonte Abg. Dr. Cremer (DVp.), **der der Ansicht war, daß gerade in den Zentralressorts eine Herabsetzung des Personalstandes durchgeführt werden müsse.** Die Finanzlage des Reiches gebiete die allerhöchste Sparsamkeit und das Vorgehen Preußens in Sachen der Ministerialzulagen sei außerordentlich zu bedauern. In einer Zeit wirtschaftlicher Depression und politischer Not hätten wir keine Ursache, durch äußere glanzvolle Repräsentation die Not zu vertuschen. Wir sollten uns im Gegenteil aus der Geschichte ein Beispiel nehmen und daran denken, wie 1807 äußerste preußische Sparsamkeit der Not der Zeit gerecht wurde. Man müsse ganz entschieden gegen jeden Repräsentationsfimmel auftreten. Der Redner glossierte die Repräsentationskosten, die das Reich gelegentlich der Anwesenheit des ehemaligen Königs von Afghanistan ausgegeben hätte.

Abg. Dr. **Reinhold** (Dem.) bezeichnete die **Deckungsfrage für den Etat 1929 als sehr ernst.** Man müsse auch damit rechnen, daß die Wirtschaft einer Depression entgegengehe, also das Steueraufkommen sich vermindern werde. Der Reichstag dürfe also nicht bewilligungsfreudig sein. In Deutschland geschehe viel zu viel an Repräsentationen, wodurch auch die Arbeitskraft führender Persönlichkeiten geschädigt werde.

Abg. **Torgler** (Komm.) verlangte Berücksichtigung der Beamtenwünsche.

Abg. **Erkelenz** (Zentr.) wies darauf hin, daß gerade das Zentrum vor der Vermehrung der Ausgaben und der Aufzehrung der Kassenmittel gewarnt, aber die Herren von der anderen Seite die Warner als Sparsamkeitsfanatiker abgetan hätten. Nun sei das Defizit und neue Steuern da. Ohne Herabminderung der Verwaltungskosten sei nichts mehr zu erreichen. Reichs- und Länderregierungen müßten sich zusammensetzen, um einheitliche Grundsätze für Besoldungen und Beamtengruppen festzusetzen. Die Begründung für die Erhöhung der Ministerialzulagen sei für ihn nicht stichhaltig.

Abg. **Sachsenberg** (Wirtschaftspartei) führte aus, die Wirtschaft und der Mittelstand könnten das Anwachsen des Etats in der bisherigen Weise nicht mehr vertragen.

Der Rest der allgemeinen Erörterung wurde mit der Erörterung von Beamtenfragen ausgefüllt, woran sich die Abgg. Schmidt-Stettin (Dnat.), Steinkopf (Soz.), Torgler (Komm.), Frau Bohm-Schuch (Soz.) und Staatssekretär Dr. Popitz beteiligten.

Heute Donnerstag beginnt die Einzelberatung.

Stresemanns Antwort an Zaleski.

qu. **Berlin.** Der polnische Außenminister Zaleski hat bekanntlich im Auswärtigen Ausschuß des Sejm eine Rede gehalten, die auch in Berlin viel beachtet wurde, weil sie sich wohl auch in der Hauptsache nach Berlin richtete. Zaleski erklärte, eine friedliche Grenzrevision sei ein Ding der Unmöglichkeit, er behauptete, er sei ohne Haß, doch voller Mißtrauen, er bekannte Polens Interesse am Räumungsproblem und setzte schließlich Hoffnungen auf den Handelsvertrag. **Alle Fragen,** die er anschnitt, sind selbstverständlich **rein polnisch gesehen und fordern eine deutsche Antwort geradezu heraus.**

Wie wir erfahren, hat der **Reichsaußenminister Dr. Stresemann die Absicht, auf diese polnische Rede bei dem nächsten Zusammensein des Auswärtigen Ausschusses zu antworten.** Er wird auch seinerseits die friedliche Regelung der Grenzfragen berühren und die deutsche Einstellung zu Polen überhaupt einmal grundsätzlich bekanntgeben. Darüber hinaus aber die Minderheitenfrage nicht vergessen und seiner Verwunderung Ausdruck geben, daß Polen sich bemüht hat, die deutsche Forderung auf Räumung der Rheinlande zu erschweren. Bekanntlich haben die Deutschnationalen die schleunige Einberufung des Auswärtigen Ausschusses bereits, wenn auch aus anderen Erwägungen, gefordert. Wie es heißt, soll dieser Antrag nicht angenommen werden. Da aber Stresemann selbst ein Interesse daran hat, bald vor den Auswärtigen Ausschuß zu treten, wird seine Einberufung noch vor Zusammentritt des Reichstages erfolgen.

Eine Novelle zur Gewerbeordnung.

vdz. **Berlin.** Der Wirtschaftspolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrats überwies die ihm zur Begutachtung vom Reichswirtschaftsminister vorgelegte Novelle zur Gewerbeordnung einem fünfzehngliedrigen Arbeitsausschuß. Von einer umfassenden Neugestaltung der Gewerbeordnung soll zunächst abgesehen werden. Die geplanten Aenderungen der Novelle betreffend insbesondere das Pfandleihegewerbe, die gewerbsmäßige Ausübung der Heilkunde, der Kranken-, Säuglings- oder Wochenpflege, der Massage, der Körper- oder Schönheitspflege sowie die gewerbsmäßige Tätigkeit der Desinfektoren und Kammerjäger, die gewerbsmäßig durch Vertrieb von Druckschriften usw. betriebene Auskunfterteilung über Berufs- oder Erwerbsmöglichkeiten, den Gewerbebetrieb der Bücherrevisoren und Treuhänder sowie das Elektro-Installationsgewerbe.

Parker Gilbert zu den Gerüchten über seinen Rücktritt.

)(**Newyork.** Nach einer Meldung der Newyork Times aus Louisville in Kentucky erklärte Parker Gilbert zu den Gerüchten, wonach er sich von seinem Posten als Generalagent für die Reparationszahlungen nach dem Zusammentritt des Sachverständigen-Ausschusses zurückziehen werde, er höre die Nachricht, daß er zurücktreten werde zum ersten Mal. Er glaube, daß diese Erklärung genüge. Parker Gilbert sagte weiter, er werde noch drei Tage in Louisville bleiben und am 26. Januar auf dem Dampfer „Paris" von Newyork aus die Rückreise nach Deutschland antreten.

Weihbischof Deitmer gestorben.

)(**Berlin.** Gestern abend gegen 10 Uhr starb der Weihbischof von Berlin, Deitmer, im 64. Lebensjahre an Herzschwäche, die als Folge von Grippe und Lungenentzündung aufgetreten war.

SLUB Wir führen Wissen.